

ULMER

Juni 5/2019

FREIDENKER



PRIVATISIERUNGS- WAHN



WERNER RÜGEMER

**Dienstag,
18. Juni 2019
19 Uhr**

**Haus der
Gewerkschaften
Ulm
Am Weinhof**

*Privatisierungen können tödlich sein!
Jörg Scherkamp - Totentanz*

PRIVATISIERUNG

WERNER RÜGEMER

**Dienstag, 18. Juni 2019, 19 Uhr
Haus der Gewerkschaften Ulm**

PRIVATISIERUNG

Privatisierung ist zunächst der Teil- oder Totalverkauf von bisher staatlichen und kommunalen Unternehmen und Grundstücken sowie die private Organisation von bisher öffentlichen oder auch neuer Dienstleistungen. Neugegründete kapitalistische Nationalstaaten sorgten für große Teile der Infrastruktur, für Verwaltung, Straßen, Schulen, Universitäten, Wasserwerke und Militär.

Nach dem 1. und besonders dem 2. Weltkrieg gründeten Staaten und Kommunen neue öffentliche Unternehmen, so für Wohnungen, Energie, Verkehr, Trink- und Abwasser. Dies traf sowohl für die entwickelten kapitalistischen Staaten wie auch für Staaten auf dem Wege der Entkolonialisierung zu. Insbesondere die neuen sozialistischen Staaten bauten ein flächendeckendes Netz öffentlicher Unternehmen auf.

Die Kritik an staatlicher Daseinsvorsorge erhielt dauerhafte politische Brisanz, als „neoliberale“ Ideologen prinzipiell jedem Staat das Recht bestritten, als Unternehmer, Infrastrukturbetreiber und Dienstleister aufzutreten.

Zum ersten wirkmächtigen Zentrum für Privatisierungen entwickelte sich die 1944 gegründete, US-dominierte Weltbank in Washington. „Entwicklungsländer“, die bei westlichen Banken und der Weltbank verschuldet waren, wurden gezwungen, öffentliche Unternehmen und Dienstleistungen zu privatisieren und Grundstücke zu verkaufen: Nur so würden neue Kredite fließen, die Dienste effektiv und die Staaten saniert werden. Doch das Gegenteil trat ein: Die Mehrheitsbevölkerung verarmte, die Schulden stiegen. Ab den 1980er Jahren wurde Privatisierung auch in den reichen Industriestaaten zum Regierungsprogramm, führend waren dafür die besonders unternehmernahen Regierungen von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Großbritannien. Auch die Europäische Union ebenso wie CDU, CSU und FDP in Deutschland begannen mit Privatisierungen, zunächst bei den öffentlichen Medien, dann bei zentralen Staatsunternehmen wie der Post. Zum eigentlichen Schub für Privatisierungen geriet ab den 1990er Jahren der Zusammenbruch der sozialistischen Staaten und deren kapitalistische Umgestaltung einschließlich des Verkaufs von städtischem und agrarischem Boden (landgrabbing). In den neuen wie alten EU-Staaten wurden Autobahnen, Eisenbahnen und Nahverkehr, Stadtwerke, Krankenhäuser und Grundstücke sowie Renten und Sozialversicherungen privatisiert, private Schulen und Hochschulen gegründet. Privatstiftungen übernehmen kulturelle und soziale Aufgaben.

Eine Privatisierungs-Variante ist Public Private Partnership (PPP), auch genannt Öffentlich-Private Partnerschaften (ÖPP): Im Finanzzentrum City of London entwickelt und von der EU gefördert, überlassen dabei Staat und Kommunen privaten Generalunternehmern meist 30 Jahre lang alle Gewerke für Finanzierung, Bau, Reparatur und Betrieb von Autobahnen, Straßen, Tunnels, Schulen, Krankenhäusern, Kulturstätten und Messehallen, aber auch bei Militär und Geheimdiensten.

Die öffentliche Hand baut eigenes Personal ab, verliert die Kontrolle und zahlt eine meist überhöhte Miete. Seit der Finanzkrise von 2007 treiben Private Equity Fonds wie Blackstone und Ardian sowie große Investoren wie BlackRock und Vanguard die weitere Privatisierung von Mietwohnungen, Renten, Spezialkliniken, Alters- und Pflegeheimen und Arztpraxen voran, während Digitalkonzerne wie Google, Amazon und Facebook das Internet einschließlich der Leitungsinfrastruktur ihrer privaten Logik unterwerfen. Partielle Regulierungsansätze durch die EU, die Europäische Kommission sowie die Regierungen der Mitgliedsstaaten sind bestenfalls halbherzig. Kritik von Rechnungshöfen wird ignoriert. Dies wird auch durch weitere Formen der Privatisierung gefördert, die in westlichen Kapitaldemokratien üblich sind: Die Dauerfinanzierung der Regierungsparteien durch private Unternehmen und Banken sowie die Dauerberatung von Staaten und Kommunen durch private Beratungskonzerne wie McKinsey, Accenture, Freshfields und Price Waterhouse Coopers. Der zivile Widerstand gegen Privatisierungen ist vielfältig, auch international vernetzt und hat mehrheitliche Zustimmung, bleibt aber bisher in der Defensive. Die Berliner Initiative zur Enteignung eines Wohnungskonzerns erfährt seit Anfang 2019 große Aufmerksamkeit. Werner Rügemer



Zum Weiterlesen:

GiB (2019): Gemeingüter schützen ist möglich, Berlin

Werner Rügemer (2018): Die Kapitalisten des 21. Jahrhunderts, Köln

**Werner Rügemer, Dr., Publizist,
Mitbegründer der Initiativen
Gemeingut in Bürger*innenhand
und Aktion gegen Arbeitsunrecht.
Mitglied im Wissenschaftlichen
Beirat von Attac.**